

Schöffen wollen Unterstützung vom Minister

Kosten für Ausbildung

VON JULIANE KAUNE

Ohne sie könnten Gerichte nicht arbeiten – doch die Schöffen sehen ihre Tätigkeit vom niedersächsischen Justizministerium nicht hinreichend gewürdigt. Für die Aus- und Fortbildung der Laienrichter gebe es noch immer keine finanzielle Unterstützung seitens des Ministeriums, kritisiert Hildegard Minthe, neu gewählte Vorsitzende des niedersächsisch-bremischen Landesverbandes der Schöffen. Von den Bürgern und Bürgerinnen, die sich für das Schöffenamts zur Verfügung stellten, werde erwartet, dass sie ihr Ehrenamt mit Engagement und Selbstbewusstsein ausübten, erklärt die Hannoveranerin. „Wie passt es dann dazu, dass sie das Geld für ihre Aus- und Weiterbildung selbst aufbringen müssen?“

Organisiert wird die Qualifizierung der Schöffen von deren Landesverband. Die von verschiedenen Fachstellen angebotenen Kurse seien aber kostenpflichtig, sagt Minthe. Eine lobenswerte Ausnahme sei ein von der Volkshochschule Hannover (VHS) angebotener Kursus, für den die städtische Einrichtung keine Gebühren erhebe. Minthe befürchtet, dass es immer schwerer wird, Frauen und Männer für das anspruchsvolle und zeitintensive Schöffenamts zu gewinnen. Würden die Aus- und Fortbildungskosten zumindest teilweise von der öffentlichen Hand getragen, entstünde ein zusätzlicher Anreiz für Interessierte. „Dafür wird sich der Landesverband mit Nachdruck einsetzen“, kündigt die 69-Jährige an, die 25 Jahre Jugendschöffin war.

In Hannover gibt es rund 1500 Laienrichter an Amtsgericht, Landgericht und den fünf Fachgerichten. Die nächste Schöffensperiode läuft vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2018. Bewerbungen können bei der Stadt Hannover oder bei den Kommunen im Umland eingereicht werden. Informationen gibt es im Internet unter <http://bbs.hannover-stadt.de/vv/>, Stichwort: Schöffensangelegenheiten, oder unter Telefon (05 11) 16 84 60 18. Hildegard Minthe ist unter Telefon (05 11) 46 84 47 oder per Mail unter h.minthe@online.de erreichbar.